

äußerung“ abgeschoben werden. Alle praktischen Schritte zur Beschränkung der Allmacht des Monopolkapitals will die SPD-Führung unter dem Hinweis auf angebliche Schwierigkeiten auf ewig hinausschieben.

Am weitestgehenden in der offenen Absage an jeden sozialistischen Gedanken war bekanntlich die Rede des Aufsichtsrates Deist auf dem SPD-Parteitag. Er formulierte unmißverständlich: „Für eine Partei,... in der gewichtige Teile... privates wirtschaftliches Eigentum der Arbeitnehmer anstreben, für eine solche Partei kann die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht mehr zentrale Forderung und Angelpunkt ihres wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programms sein.“ Es ist geradezu ein Hohn auf die Arbeiter, wenn Eichler auf dem Parteitag die „gerechte Beteiligung an der Eigentumbildung“ forderte. Gleiches Recht auf Eigentumbildung ist heute, wo riesiges kapitalistisches Eigentum bereits besteht, nicht nur eine offen kapitalistische Losung, sondern auch ein niederträchtiger Betrug an den Arbeitern.

An der oben zitierten Formulierung von Deist fehlt im Original ein Satz, der logisch erweise dort hätte stehen müssen, der Satz nämlich: „Eine solche Partei hat jedes Recht verwirkt, das Wort Sozialismus in den Mund zu nehmen.“ Doch das Verschweigen dieser Konsequenz hat natürlich einen Sinn. Die fünf Punkte seines „Ordnungsprogramms eines freiheitlichen Sozialismus“, die Deist aufstellte, beginnen mit der Forderung: „Konstruktive Mittelschichtenpolitik“. Das ist das Programm der Abkehr von der Arbeiterklasse. Diese Klasse soll aber selbstverständlich weiterhin Massenreservoir der SPD sein, und darum ist die Parteiführung genötigt, die völlige Verschüttung nicht nur des Klassenbewußtseins, sondern auch jedes Fünkchens Klassengefühl in der Arbeiterklasse anzustreben.

Was Deist und die Delegierten des Parteitages, die ihm zustimmten, wollen, ist die Anerkennung der ökonomischen Machtpositionen des Kapitals. Sie versprachen ausdrücklich, die wirtschaftlichen Grundlagen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie nicht anzutasten. „Darum sind privates Eigentum mittlerer und kleiner Unternehmen, gebundenes Eigentum gemeinwirtschaftlicher Organisationen, gebundenes Eigentum der öffentlichen Wirtschaft, die Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht (durch ein sogenanntes „Bündel von Kontrollmöglichkeiten“, d. h. eine möglichst verschwommene Kontrolle. WW) und Gemeineigentum einander bedingende, nur in ihrer gegenseitigen Ergänzung fruchtbare und damit unverzichtbare Bestandteile einer einheitlichen, freiheitlichen, sozialistischen Wirtschaftspolitik.“ Das war die Quintessenz des Deistschen Vortrages. Eine solche Vorstellung freilich verlangt keine Veränderungen; denn gerade so kann man auch die westdeutsche Wirtschaftsstruktur umschreiben. Auch Deist meinte ja zum Beispiel mit „Gemeineigentum“ nichts anderes als staatskapitalistisches Eigentum, das es in Westdeutschland auch gibt.

Die Anerkennung der ökonomischen Macht der Bourgeoisie schließt die Anerkennung ihrer politischen Macht ein. Deshalb wird in den speziellen Erläuterungen Eichlers zum Grundsatzprogramm und in dem Entwurf dazu selbst in den Passagen über den Staat nichts über dessen Klassencharakter gesagt, statt dessen aber wird ein Loblied auf die (bürgerlich-)parlamentarische Demokratie gesungen und ein Idealbild der sozialdemokratischen Parteiführung vom Staate gemalt, das verblüffend dem Bonner Staate gleicht.